Von Stadt und Land.

Aue, 20. Juli 1922

Keine Anerkennung der Kontrollausschüsse in Sachsen. Auf die letzten kommunistischen Forderungen haben die Landesvorstände der sozialdemokratischen und der unabhängigen Partei Sachsens geantwortet, sie lehnten es ab, von der Regierung die Anerkennung der Kontrollausschüsse zu verlangen, ebenso die Einführung eines Betriebsrätekongresses, da dies Sache der Gewerkschaften sei. Dagegen stimmten sie dem Ersuchen an die Regierung zu, von den Kriegervereinen die Abgabe der Waffen zu verlangen. Schließlich betonten die Landesvorstände, sie hätten jederzeit den Grundsatz vertreten, daß auch Kommunisten in Staatsstellungen berufen werden können. Ausschlaggebend soll nur die sachliche Eignung der Kandidaten sein.

Arbeitsmarkt in Sachsen. Nach dem Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittelung zeigt die Kurve der Arbeitsuchendenzahl im Monat Juni, nachdem sie in den Vormonaten sich ständig abwärts bewegt hatte, eine leichte Aufwärtsbewegung. Die bekannten an dieser Stelle wiederholt erwähnten, den Arbeitsmarkt beeinflussenden Erscheinungen der Wirtschaftslage, wie Mangel an Facharbeitskräften, Wohnungs-, Kohlen- und Rohstoffmangel traten auch im Berichtsmonat in Erscheinung. Auch die Vermittelungstätigkeit war im allgemeinen noch äußerst rege. Trotzdem machten sich in einzelnen Berufsgruppen leichte Rückschläge in der Beschäftigungsmöglichkeit bemerkbar, die in einem Anwachsen der Arbeitsuchendenzahl zum Ausdruck kamen.

Unsere Kohlennot. In einem Briefe des Elektrizitätswerkes Obererzgebirg, Schwarzenberg i. Sa., an ein Chemnitzer Blatt wird erklärt, daß im Elektrizitätswerk Obererzgebirg englische und böhmische Kohle verwendet werden müsse, da die Zechen des Lugau-Oelsnitzer Reviers nicht die Förderung herausbringen, die zur Befriedigung der Industrie erforderlich sei. Die Kohlenverteilungsstellen könnten den bevorzugten Unternehmungen wie Elektrizitätswerken und Gasanstalten, zur Zeit nur noch 60 Prozent des ohnehin spärlichen Kontingents beliefern. Die Umkehrung aller wirtschaftlichen Verhältnisse sei schon soweit fortgeschritten, daß englische Kohle an deutschen Schächten vorbei bis an das Elektrizitätswerk Obererzgebirg laufen muß, damit die Industrie weiter arbeiten kann und nicht deutsche Arbeiter zum Feiern gezwungen werden.

Kriegshinterbliebene, deren Renten noch nicht nach dem Reichsversorgungsgesetz festgelegt worden sind, können sich bei den örtlichen Fürsorgestellen (Orts- und Bezirksämter für Kriegerfürsorge) melden. Diese Stellen sind angewiesen, die Neufestsetzung der Renten bei den Versorgungsdienststellen zu veranlassen.

Fahrpreisermäßigung für Jugendpflegevereine. Das Verordnungsblatt des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts teilt mit: Nach Mitteilung des Reichsverkehrsministers konnten die Listen der behördlich anerkannten Jugendpflegevereine, die zur Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung auf den Eisenbahnen berechtigt sind, noch nicht abgeschlossen werden. Die betreffenden Organisationen werden aufgefordert, nunmehr die Anmeldung zu beschleunigen. Die Listen werden am 1. August abgeschlossen. Von diesem Tage an wird die Fahrpreisermäßigung nur solchen Vereinen gewährt, die nach dem neuen Verfahren anerkannt und in den Listen eingetragen sind.

Vorläufiges Ende der Quäkerspeisungen. Die Quäker, die sich um die Kinderspeisung in Deutschland ein unvergeßliches Verdienst erworben haben, stellen ihre Tätigkeit am 31. Juli ein. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß diese Speisungen wenn auch leider nicht in früherem Umfange, auch im kommenden Winter werden fortgeführt werden können und zwar durch den deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe. Die Mittel werden aus Sammlungen in den Vereinigten Staaten bei den Amerikanern deutscher Abkunft und durch die deutsche Regierung aufgebracht werden.

Zur Förderung der deutschen Spitzenkunst findet vom 7. bis 14. Oktober in Berlin eine Spitzenmesse statt. Bei dieser Spitzenmesse wird ein Wettbewerb veranstaltet, wozu jeder Deutsche zugelassen ist und wozu nur handgefertigte Spitzen jeglicher Art und Stickereien aus ausschließlich deutschem Garn, Stoff und Zutaten eingeliefert werden dürfen. Es sind bisher Preise im Gesamtwert von 20 000 Mark ausgesetzt. An der Spitzenmesse nehmen auch die deutsche Spitzenindustrie und verwandte Industrien, wie Nähmaschinen, Garn usw. teil.

Blitzgespräche. In Böhmen und in Deutschösterreich gibt es sogenannte Blitzgespräche, die selbst den dringenden Gesprächen noch vorangehen. Sie kosten neunmal soviel, wie ein gewöhnliches Ferngespräch und werden so schnell erledigt, daß der Teilnehmer am Apparat sofort warten kann. Der Verkehrsausschuß der Zittauer Handelskammer hat sich ans Reichspostministerium mit der Bitte gewandt, zu prüfen ob und unter welchen Bedingungen auch bei uns Blitzgespräche eingeführt werden könnten. — Da es bei uns schon seit einiger Zeit Blitz-Telegramme gibt, ist nicht einzusehen, warum man dem Beispiel unserer Nachbarländer nicht folgen sollte.

•

Schwarzenberg, 19. Juli. Ertrunken. Der Geschirrführer H. wurde in der Nähe der Schokoladenfabrik als Leiche aus dem Schwarzwasser gezogen. Es ist anzunehmen, daß H. in der Nacht vom Sonntag zum Montag von dem richtigen Wege abgekommen, ins Wasser gefallen und ertrunken ist.

Oberfitzengrün, 19. Juli. Einbruch. In der Nacht zum Mittwoch voriger Woche wurde ein Schuppen des Gastwirts Koch erbrochen und aus einem darin stehenden, mit Deckel versehenen verschlossenen Wagen, der ebenfalls erbrochen wurde, Wäsche- und Kleiderstoffe im Werte von ungefähr 15 000 Mark, die dem Handelsmann Brückner in Hartmannsdorf bei Kirchberg gehörten, gestohlen. Brückner, der mit Schnittwaren handelt, hatte den Wagen mit den Vorräten bei Koch eingestellt.

Zwickau, 19. Juli. Beraubung von Sipoleuten. Die Einzelheiten der schweren Vergehen, die am 4. und 5. Juli gegen Einwohner, Straßenpassanten und Sipoleute begangen wurden, kommen, wie die Zwickauer Zeitung berichtet, jetzt erst nach und nach an die Oeffentlichkeit. Um einen Begriff davon zu geben, wes Geistes Kind die Elemente gewesen sind, die sich an den Unruhen am 4. Juli beteiligt haben und mit denen es infolgedessen die Landespolizei bei ihrem Einsatz zu tun hatte, möge die eine Angabe dienen, daß verschiedenen Beamten der Landespolizei, teils im Handgemenge, teils nach Verwundung außer Taschenmessern, Taschentüchern, Brieftaschen, Notizbüchern u. a. m. Geld in Höhe von 860, 1120, 1850, 800 Mark, zwei Taschenuhren mit Kette, ein Trauring abgenommen worden sind.

Klingenthal i. V., 19. Juli Auflösung des Stadtparlaments. Hier hatten sich sozialdemokratische Stadtverordnete an einer Demonstration beteiligt, die in Tätlichkeiten ausartete. Die in der wirtschaftlichen Vereinigung zusammengeschlossenen bürgerlichen Klingenthaler Stadtverordneten und Stadträte verlangten nun, daß ihrem mißhandelten Mitglied von den an den Ausschreitungen beteiligten Stadtverordneten Genugtuung gegeben werde. Das lehnten die sozialdemokratischen Stadtverordneten ab, worauf die bürgerlichen Stadtverordneten die Sitzung verließen und erklärten, an keiner Sitzung der städtischen Kollegien teilzunehmen und ihre Mandate niederzulegen. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat nunmehr die Auflösung der beiden städtischen Kollegien bei der vorgesetzten Behörde beantragt.

Lieuen, 19. Juli Eine Friedhofs-Stiftung. Rittergutsbesitzer Adler hat zur Erinnerung an seinen im vorigen Jahre verstorbenen Sohn der Gemeinde Unterlauterbach ein Grundstück zur Anlegung eines Friedhofes geschenkt. Der Friedhof soll zugleich als Gedächtnisstätte für die im Weltkriege gefallenen Glieder der Gemeinde angelegt werden.

Leipzig, 19. Juli. Das Ende der städtischen Operette in Leipzig. Die ungünstige Finanzlage der städtischen Theater in Leipzig hat den Rat der Stadt und die Stadtverordneten zu dem Entschluß genötigt, den mit der Zentraltheater A.-G. geschlossenen Pachtvertrag, der am 21. August 1924 abläuft, nicht wieder zu erneuern, vielmehr von diesem Zeitpunkte ab die städtische Operette als selbständigen Theaterbetrieb aufzugeben. Die Stadt würde damit eine Ersparnis von rund 1 700 000 Mark Zuschuß jährlich machen.

Freiberg 19. Juli. Parteiklatsch. Gegen Oberbürgermeister Haupt war, wie berichtet, von Seiten der Linksparteien die Verdächtigung ausgesprochen worden, er verbrenne in zwei in seinem Amtszimmer befindlichen Schränken Sachen, die das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hätten. Der Oberbürgermeister beantragte eine richterliche Durchsuchung der Schränke, die jetzt die völlige Haltlosigkeit der Verdächtigungen ergab.

Vermischtes.

Die verlorene Eisenbahnfahrkarte. Daß man eine Fahrkarte verliert, kommt ziemlich oft vor. In der Regel findet sie sich bald wieder, sodaß man keine anderen Folgen zu empfinden hat, als den Schreck über den gehabten Verlust. Manchmal findet sie sich aber auch nicht wieder. Dann muß man eine Art Strafe zahlen. Nach der Verkehrsordnung hat derjenige, der ohne Fahrkarte im Zuge betroffen wird, oder die Fahrkarte verloren hat, und diesen Verlust nicht sofort genügend glaubhaft machen kann, für die ganze vom Zuge resp. von ihm zurückgelegte Strecke den doppelten Fahrpreis zu zahlen. Ein Reisender fand bei der Kontrolle seine Fahrkarte nicht, der Beamte erstattete Anzeige, der Reisende aber weigerte sich, die Strafe zu zahlen mit dem Hinweis, daß er an der Bahnsteigsperre die Karte gehabt und ein anderer sie gesehen habe. Die Eisenbahn ließ es auf eine gerichtliche Entscheidung ankommen, die den Mann freisprach. Denn es komme nicht darauf an, sagt das Urteil, ob der Angeklagte die Karte verloren, sondern, ob er sie besessen habe. Dies sei durch den Zeugen bewiesen. Wer also auf der Eisenbahn fährt, tut gut, sich für alle Fälle eines Zeugen zu versichern und sich dann nicht etwa ins Bockshorn jagen zu lassen, wenn er die Karte verliert.

Unglaubliche Teuerung in Wien. Infolge der vermehrten Geldentwertung tritt eine Brotpreiserhöhung auf 2170 Kronen ein. Eine weitere Verteuerung des Brotpreises steht bevor. Die übrigen Lebensmittel, wie Fett, Zucker und Mehl, verteuern sich in der gleichen Weise.

Temperatursturz in Frankreich. Ueber Paris brach am Sonnabend ein schwerer Sturm herein. In Grenoble fiel das Thermometer bis auf zwei Grad über den Nullpunkt. In der Umgebung von Orleans wurde leichter Frost wahrgenommen. In Perouse verursachte der Sturm großen Schaden. Auch einige Personen wurden verletzt. Erst nach zwölf Stunden legte sich das Unwetter.

Das furchtbare Eisenbahnunglück in Predeal, das durch den Zusammensturz einer Brücke verursacht ist, zeigt einmal wieder, handgreiflich, wie verloddert die rumänische Verwaltung ist. Die eingestürzte Brücke war eine deutsche Kriegsnotbrücke, die an Stelle der von den Rumänen gesprengten errichtet worden war. Solche behelfsmäßigen Bauten halten natürlich nur einige Jahre, die Rumänen hätten aber seit langer Zeit gehabt, eine wirklich ordnungsmäßige Brücke herzustellen.

Die amerikanischen Riesenstreiks haben den Präsidenten Harding zu weiteren energischen Schritten veranlaßt, zu denen auch eine Einladung an die Grubenbesitzer gehört, die Bergwerke wieder in Betrieb zu nehmen. Das bedeutet, daß bei einer Nichtbefolgung der Einladung die Gruben unter Regierungskontrolle gestellt werden würden. Im Gegensatz dazu richtete der Arbeiterführer Debs, der auch für die Präsidentschaft kandidiert hat, an die Arbeiterschaft eine Aufforderung zur Unterstützung der streikenden Bergleute durch einen Generalstreik. Eine solche Aufforderung läßt immer vermuten, daß die Kräfte der Ausständigen zur Neige gehen.

Letzte Drahtnachrichten.

Voraussichtlich ein drei- bis sechsmonatliches Moratorium.

Paris, 20. Juli. Chicago Tribune verlautet, daß mit französischer Zustimmung die Reparationskommission versuchsweise ein Moratorium für Deutschland beschlossen habe. Die Einzelheiten seien noch nicht festgesetzt. Die Franzosen wünschen es auf 3 Monate zu beschränken, die Engländer wollen es auf 6 Monate festlegen. Für ihre Zustimmung verlangen die Franzosen strengste alliierte Kontrolle sämtlicher wichtiger Finanzprojekte bevor sie dem Reichstag zugehen und durchgeführt werden.

An Stimmen der Vernunft fehlt es nicht.

Paris, 20. Juli. Chicago Tribune schreibt: In alliierten Kreisen nehme man nicht an, daß eine alliierte Finanzkontrolle in Deutschland die Reparationsfrage sehr fördern werde, aber es sei von wesentlicher Bedeutung, den völligen Zusammenbruch dieses Landes zu verhindern. Die Quelle der deutschen Barzahlungen werde nach Ansicht Amerikas der deutsche Außenhandel sein aber solange nicht in der gesamten Welt die Zölle herabgesetzt und große Mengen deutscher Waren ausgeführt würden, werde es Deutschland unmöglich sein, irgendwelche bedeutende Barsummen zu bezahlen, obwohl es allerdings im Stande sein werde, den alliierten Ländern Sachlieferungen zu leisten.

Eine interalliierte Konferenz.

Paris, 20. Juli. Der Direktor für Privatgüter und Interessen im Ministerium des Aeußern hat eine Konferenz der Direktoren der entsprechenden Stellen bei den alliierten Regierungen angeregt. Diese soll am 25. Juli in Paris stattfinden. Der Anlaß dazu ist, wie die Agence Havas mitteilt, das deutsche Ersuchen um eine Herabsetzung der monatlichen Pauschalzahlungen auf Grund des Londoner Abkommens vom 10. Juni 1921 für den Ausgleich der deutschen Schulden und Forderungen.

Reichspräsidentenwahl zur Jahreswende.

Berlin, 20. Juli. Der Reichspräsident hat wiederholt gebeten, die Neuwahl des Reichspräsidenten vorzunehmen, sobald rechtliche und tatsächliche Hindernisse nicht mehr im Wege stehen. Nachdem nunmehr der deutschverbleibende Teil Oberschlesiens abgegrenzt und geräumt sei, ersuchte der Reichspräsident den Reichskanzler erneut um Anberaumung der Wahl durch den Reichstag. Der Reichskanzler besprach, da nach dem Gesetz der Wahltag vom Reichstag festgesetzt wird, die Frage mit den Parteiführern eingehend. Diese waren einmütig der Auffassung, daß es unzweckmäßig sei, den Wahltag noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages festzusetzen. Dagegen soll die Beschlußfassung des Reichstages hierüber alsbald nach dem Wiederzusammentritt im Oktober vorgenommen werden. Danach findet die Wahl voraussichtlich im Dezember oder Januar statt.

Die Abstimmung über das Schutzgesetz und das Beamtenpflichtgesetz.

Berlin, 20. Juli. Laut Vorwärts haben in der letzten Reichstagssitzung für das Gesetz zum Schutze der Republik gestimmt die Unabhängigen, die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum, dagegen die Deutschnationalen, die Kommunisten, die bayrische Volkspartei, die Welfen und der bayrische Bauernbund mit Ausnahme seines Fraktionsmitgliedes Reichsernährungsminister Fehr. Ein großer Riß ging durch die deutsche Volkspartei; ein großer Teil stimmte für das Gesetz, ein anderer Teil hat sich der Stimmabgabe enthalten und noch andere haben sich an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligt. Bei der Abstimmung über das Gesetz betreffend die Pflichten der Beamten stimmen die Kommunisten, die Unabhängigen, die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum dafür, die Deutschnationalen, die deutsche Volkspartei, die bayrische Volkspartei, der bayrische Bauernbund und die Welfen dagegen.

Die neuen preußischen Regierungspräsidenten.

Berlin, 20. Juli. Eine Korrespondenz berichtet über die Neubesetzung der erledigten Regierungspräsidentenposten folgendermaßen: An die Stelle des Oberpräsidenten von Marienwerder wird Oberpräsident Proske treten, der politisch dem Zentrum nahesteht. Der Regierungsbezirk Merseburg ist mit dem sozialdemokratischen Landrat Bergmann besetzt worden. In das Regierungspräsidium Hildesheim ist Ministerialrat Halfern und in das Regierungspräsidium Stettin Oberregierungsrat Moritz berufen; beide Regierungspräsidenten gehören der deutschen Volkspartei an. Das Regierungspräsidium Aurich ist dem demokratischen früheren Parlamentarier und Bürgermeister von Norderney Berghaus übertragen worden. Zum Regierungspräsidenten in Koblenz dürfte der zweite Delegierte der Rheinlandskommission Baucknecht berufen werden, der der sozialdemokratischen Partei angehört. Auch für die Regierungspräsidien Aachen, Trier und Osnabrück sind die neuen Regierungspräsidenten schon vorgesehen, sie werden ebenfalls wie der neue Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs dem Zentrum angehören. Demnächst soll auch der Regierungspräsident von Schneidemühl v. Bülow in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Das Ministerium des Innern ist entschlossen, die Resolution des Landtages, wonach die leitenden Stellen in Verwaltung und Justiz nur zuverlässigen Republikanern übertragen werden sollen, zur Durchführung zu bringen. Das nächste Eingreifen dürfte sich auf die Besetzung einer größeren Anzahl von Landratsämtern in Ostpreußen beziehen.

Terror über Terror.

Stettin, 20. Juli. Als gestern mittag der Dampfer Swinemünde die Fahrt nach Swinemünde antreten sollte, erschien ein Zug von Streikenden mit einer roten Fahne am Anlegeplatz des Dampfers und versuchte das Schiffspersonal zur Niederlegung der Arbeit zu überreden. Die Streikenden erreichten auch, daß mehrere Heizer den Dampfer verließen, sodaß dieser nicht ausfahren konnte. Wie der Stettiner Generalanzeiger meldet, wurde darauf von der technischen Nothilfe Heizpersonal zur Verfügung gestellt, sodaß der Dampfer abends ausfahren konnte. Der regelmäßige Betrieb Stettin—Swinemünde wird auch weiterhin mit Unterstützung der technischen Nothilfe durchgeführt werden.

Kampf im Burgenland.

Wien, 20. Juli. Der Grenzort Hagersdorf im südlichen Burgenland wurde gestern nacht von einer ungarischen mit Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten bewaffneten Bande überfallen. Die Bundestruppen wiesen nach zweistündigem Feuerkampf die ungarische Bande zurück. Die österreichische Regierung hat die notwendigen diplomatischen Schritte eingeleitet, um den Versuch einer neuerlichen Beunruhigung des Burgenlandes abzuwehren.

Pilsudski bleibt fest.

Warschau, 20. Juli. Gestern hatte Abg. Korfanty eine Audienz beim Staatschef, wobei er die Liste des von ihm vorgeschlagenen Kabinetts vorlegte. Es entspann sich eine kurze Aussprache, in deren Verlauf der Staatspräsident sich auf sein am 16. d. M. an den Präsidenten des Sejm gerichtetes Schreiben berief, worin er erklärte, er könne mit Korfanty an der Bildung eines Kabinetts nicht mitwirken und seinen Rücktritt ankündigt. Bezüglich seines weiteren Vorgehens verwies der Staatschef Korfanty an seine Auftraggeber.

Rom, 19. Juli. Das Kabinett ist zurückgetreten